

wir heute in einem anderen Kontext schon einmal miteinander diskutiert – weiter daran arbeiten, dass dies in der Praxis auch zum gelebten Alltag wird. Gesetze sind dazu da, dass sie auch ihre Anwendung finden, und darüber sollten wir uns Gedanken machen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ohne auf alle Forderungen im Einzelnen eingehen zu können, möchte ich zusammenfassen, dass die von Ihnen genannten aus unserer Sicht nicht geeignet sind, den uns allen wichtigen Prozess der praktischen Implementierung zu unterstützen. Ihnen steht entweder kein entsprechender Bedarf gegenüber, sie sind nicht hinreichend konkretisiert, sie wären nicht ohne Weiteres durch geltendes Recht gedeckt, oder sie werden in geeigneter Form längst umgesetzt.

Über die große Bedeutung ökologischer und sozialer Standards bei der öffentlichen Auftragsvergabe müssen wir hier nicht diskutieren. Die Landesregierung arbeitet intensiv und kontinuierlich daran, die bestehenden Möglichkeiten zur Umsetzung nachhaltiger Beschaffung weiter auszubauen. Dazu ist sie im Austausch mit den wichtigen Akteuren auf der Landes- und Bundesebene, mit den NGOs und den Kommunen und auch mit der Wirtschaft.

Mein Haus arbeitet zudem an einem umfassenden Ansatz für die Landesregierung hin zu einer strategischen Beschaffung, der die Berücksichtigung sozialer und nachhaltiger Kriterien einschließt. Diesen würden wir dann natürlich auch öffentlich machen, sodass er auch von anderen öffentlichen Stellen übernommen werden könnte.

In diesem Prozess gehen wir selbstverständlich auf alle Akteure zu, um deren Expertise mit aufzunehmen.

Einen weiteren Kriterienkatalog für nachhaltige Produkte oder ein weiteres Nachhaltigkeitsportal, wie im Antrag gefordert, halte ich dagegen nicht für erforderlich, denn es gibt hier bereits verschiedene gute Webportale und Handlungshilfen.

Auch hierbei ist die Landesregierung im Austausch mit den verantwortlichen Stellen, etwa der Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung des Bundes oder den Verantwortlichen für den Kompass „Nachhaltigkeit“. Ziel ist, die bestehenden Angebote zu verknüpfen und weiter zu verbessern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch einmal darauf hinweisen, dass Grundlage und Rahmen für den Ansatz einer nachhaltigen Beschaffung die EU- und bundesrechtlichen Vorgaben des Vergabe- und Wettbewerbsrechts sind. Die pauschalen Forderungen des Antrags nach der Stärkung der Wettbewerbsbedingungen für faire Unternehmen oder Steuererleichterun-

gen für Nachhaltigkeitsakteure wie auch eine bevorzugte Berücksichtigung regionaler Marktteilnehmer, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden, ist damit rechtlich kaum darstellbar. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Professor Dr. Pinkwart. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/8104** an den **Ausschuss für Europa und Internationales** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung erfolgen in öffentlicher Sitzung im federführenden Ausschuss. Wer ist dafür? – Gibt es jemanden, der dagegen wäre? – Nein. Gibt es Enthaltungen? – Die sehen wir auch nicht. Damit ist einstimmig so überwiesen.

Wir rufen auf:

### **8 Forschungskompetenz in den Bereichen Kerntechnologie und Kernsicherheitsforschung muss in Nordrhein-Westfalen erhalten bleiben**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/8099

Am Pult steht fast schon Herr Tritschler für die AfD-Fraktion bereit. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Sven Werner Tritschler** (AfD): Vielen Dank. Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine ehemalige Parteivorsitzende der SPD schrieb im April, Zitat:

„Deutschland ist das einzige Land, das gleichzeitig aus der Kernenergie und aus Stein- und Braunkohle aussteigt.“

Ich dachte erst: Immerhin mal ein bisschen Selbstkritik. Aber nein, das war offenbar als Eigenlob verstanden. Gut, jetzt ist die Dame von der politischen Bildfläche verschwunden, die irrsinnige Energiepolitik der Altparteien wird aber nahtlos fortgesetzt.

Sie, meine Damen und Herren, von den Altparteien, wie wir heute Morgen auch wieder gehört haben, wollen das Klima retten,

(Michael Hübner [SPD]: Sie nicht!)

Sie wollen CO<sub>2</sub> sparen, Sie wollen aus fossilen Brennstoffen aussteigen und in die Elektromobilität einsteigen.

Aber bis heute haben Sie keine tragfähigen Lösungen vorgestellt, woher der Strom in Zukunft kommen soll. Sie wissen alle, dass weder Sonnen- noch Windstrom grundlastfähig sind und dass es bis heute keinerlei Speichertechnologien gibt, die das ändern könnten.

Aber wie die Fürsten des Mittelalters warten Sie auf irgendeinen Alchemisten, der Ihnen bald den Stein der Weisen liefert. Oder aber Sie verstecken sich gleich hinter eigener Ahnungslosigkeit wie die Grünnervorsitzende, die verkündet, man könne den Strom ja in der Cloud oder im Netz speichern.

Meine Damen und Herren, wir leben aber hier in einem Industrieland, und zumindest meine Fraktion möchte, dass das auch so bleibt. Da muss der Strom fließen und bezahlbar sein, denn sonst ziehen andere weiter an uns vorbei.

(Beifall von der AfD)

Würde Deutschland heute noch so viel Kernenergie erzeugen wie im Jahr 2000, der aktuelle CO<sub>2</sub>-Ausstoß würde auf einen Schlag um 27 % sinken. Oder noch eine andere Zahl: Ein Franzose produziert pro Jahr 4,5 Tonnen CO<sub>2</sub>, der Deutsche im Schnitt dagegen 8,7 Tonnen. Woran liegt das? – Die Franzosen setzen konsequent auf Kernenergie, während wir Deutschen im grünen Wahn diese Technologie aufgeben.

Aber nicht nur in Frankreich setzt man auf Kerntechnik. Weltweit werden bis zum Jahr 2040 289 Reaktoren in Betrieb gehen. Nur hier hält man stur am bisherigen Kurs fest, auch wenn der eine oder andere inzwischen, wie man hört, wieder damit anfängt, darüber nachzudenken. Von Herrn Laschet war das die Tage in der Zeitung zu lesen.

Nachdem Kanzlerin Merkel in ihrem schier unbegrenzten Opportunismus im Jahr 2011 mal eben im Vorbeigehen den Ausstieg aus dieser Technologie beschlossen hatte, lese ich gestern von Herrn Pfeiffer, energiepolitischer Sprecher der Union im Bundestag, er habe den Ausstieg immer für falsch gehalten, und die Unionsfraktion würde einem Wiedereinstieg nicht im Wege stehen. Hört, hört!

Allerdings sagte er dann auch, die Union werde hier nicht den ersten Schritt machen. Der müsse von den Grünen und den Linken ausgehen. Meine Damen und Herren von der Union, ist das ernsthaft Ihre Position? Sie sind eigentlich dafür, warten aber auf die Erlaubnis von den Kommunisten und den Ökosozialisten, bevor Sie etwas machen? Was ist das denn für ein Anspruch für eine Regierungspartei? Lassen Sie sich einmal ein Rückgrat wachsen, meine Damen und Herren!

(Beifall von der AfD)

Da wir aber um die Mutlosigkeit der vermeintlich bürgerlichen Parteien wissen – wir haben es heute Morgen in der ersten Debatte wieder erlebt –, machen

wir es Ihnen mit unserem Antrag heute erst einmal leicht.

Es geht gar nicht um den Wiedereinstieg in die Kernenergie, sondern um den Wiedereinstieg in die Kerntechnikforschung; denn die haben Sie gleich mit abgeschafft, weil der Grüne glaubt ja, Atome zu erforschen sei böse, dagegen 64 Geschlechter zu erfinden sei ehrbare Wissenschaft.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Ha, ha, ha!)

Die AfD will dort, wo wir einst führend waren, wieder anknüpfen und Spitzenforschung halten oder ins Land zurückholen.

Wir wollen an der spannenden Forschung an Dual-Fluid-Reaktoren, an Thorium-Reaktoren, an Reaktoren der dritten und vierten Generation teilhaben, die inhärent sicher sind und viel weniger oder gar keinen nuklearen Reststoff zurücklassen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wenn Sie es alle mit dem Ausstieg aus fossiler Energie, mit der Versorgungssicherheit und mit der Elektromobilität ernst meinen, dann können Sie sich dem eigentlich gar nicht verweigern. Seien Sie wie der Rest der Welt, seien Sie klug, setzen Sie auf echte Zukunftstechnologie, und stimmen Sie für unseren Antrag.

In diesem Sinne frohe Weihnachten!

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Tritschler. – Jetzt spricht für die CDU-Fraktion Herr Dr. Untrieser.

**Dr. Christian Untrieser (CDU):** Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss sagen, ich bin immer wieder überrascht, welche Anträge die AfD produziert und was sie hier ausführt. Eigentlich hatten die ganzen Ausführungen wenig mit dem Antrag zu tun. Es waren die Dinge, die wir immer wieder von Ihnen hören. Vieles war aber auch falsch. Ich glaube, deswegen muss man einiges geraderücken.

Wenn wir über Atompolitik in Deutschland sprechen, dann haben wir in der Tat von der historischen Warte aus in den 1950er-/1960er-Jahren eine Zeit gehabt, in der Deutschland sagte, Atomenergie ist eine Zukunftstechnologie, die wir aufbauen wollen. Das ging durch alle Parteien. Am Anfang war es sogar so, dass sich die privatrechtlichen Akteure eher geweigert haben. Die wollten das gar nicht, weil das hohe Investitionen waren. Die mussten sozusagen mit sanften Druck da hingebacht werden.

Dann gab es eine Zeit, in der wir Atomkraftwerke aufgebaut haben. Es waren bis zum Jahr 1998 19 Stück am Netz.

Danach setzte aber eine ganz andere Bewegung ein. Heute besteht Konsens zwischen allen Parteien, diese Form der Energieerzeugung nicht mehr nutzen zu wollen. Es bringt auch nichts, wenn Sie dazu irgendeinen kleinen Kommentar hineinbringen.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Das ist Konsens.

Ich frage mich gerade – das habe ich bei Ihnen nicht so ganz herausgehört –: Sind Sie eigentlich auch dieser Auffassung, oder sind Sie klammheimlich – Sie schreiben das nicht in Ihrem Antrag – dafür, neue Atomkraftwerke zu bauen?

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Dann möchte ich von Ihnen aber wissen, ob Sie wirklich dazu stehen. Dann sagen Sie das den Leuten. Dann sagen Sie das vor allem in den Regionen in Deutschland – in Aachen usw. –, die Angst vor Kraftwerken in anderen Ländern haben. Dann müssen Sie das einmal ganz ehrlich sagen und dürfen sich nicht hinter einem solchen Antrag verstecken.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der AfD)

Ich finde das auch ganz erstaunlich, weil Sie jetzt eine aktuelle Debatte aufgegriffen haben. Sie schreiben in Ihrem Antrag, im Sommer dieses Jahres habe der eine oder andere einmal verlautbart, man könnte die Kraftwerke länger laufen lassen. Was war das Echo auf diesen Beitrag? – Die Betreiber der Kernkraftwerke haben sofort gesagt: Nein, machen wir nicht.

(Zuruf von der AfD: Das ist doch klar! – Weitere Zurufe von der AfD)

Schauen Sie sich an, wie EnBW und RWE sich dazu geäußert haben. Die Chefs dieser großen Energiekonzerne haben erklärt, sie hätten daran überhaupt kein Interesse. Sie blieben bei dem vereinbarten Fahrplan. – Das ist auch weiter der Fall.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der FDP – Zurufe von der AfD)

Sie führen also gerade eine Phantomdebatte.

(Zuruf von der AfD)

Wenn Sie das anders sehen, würden Sie die wahrscheinlich verstaatlichen wollen oder das so weiterführen.

(Zuruf von der AfD)

Das ist eine Debatte, die wir führen können.

Sie behaupten immer, andere Länder machten das anders. Das stimmt zum Teil. Die Franzosen sind natürlich zu einem ganz großen Teil auf ihre Atomkraftwerke angewiesen. Die nutzen sie und werden nicht so schnell aussteigen können.

Schauen Sie sich aber einmal die Länder an, die gerade neue Atomkraftwerke errichten. Ein wunderbares Beispiel ist England mit Hinkley Point. Das ist ein Kraftwerk, das sich schon seit mehreren Jahren im Bau befindet. – Ich muss gerade nachsehen, was ich mir aufgeschrieben habe: Es befindet sich seit dem Jahr 2018 im Bau. – Es muss sich länger im Bau befinden, und die Fertigstellung verzögert sich schon seit sehr, sehr langer Zeit.

Wie hoch sind denn die Kosten? – Die Kosten für dieses Kraftwerk liegen mittlerweile bei über 20 Milliarden Euro. Für ein Atomkraftwerk! Im Vergleich dazu reden wir bei Datteln 4 von 1,5 Milliarden Euro. Es ist also falsch zu sagen, dass Atomkraftwerke die wunderbare Alternative wären. Das ist völliger Blödsinn.

Der britische Staat hat dem Betreiber des Atomkraftwerks Hinkley Point einen garantierten Preis versprochen, der bei 92,5 Pfund pro Kilowattstunde liegt. Das sind mehr als 100 Euro. Im Vergleich dazu: Der Börsenstrompreis lag im letzten Monat bei uns bei 37 Euro.

(Zuruf von der AfD)

Es handelt sich um eine garantierte Einspeisevergütung für 35 Jahre. 35 Jahre! Sie kritisieren immer, dass wir an anderer Stelle Einspeisevergütungen haben. Gleichzeitig nehmen Sie jetzt ein Beispiel aus einem anderen Land, in dem der Garantiepriis um ein Vielfaches höher ist, verbunden noch dazu mit einer viel, viel längeren Laufzeit. Das, was Sie erzählen, ist doch alles Unsinn.

Bei dem Kraftwerk in Finnland, bei dem Kraftwerk in Frankreich, bei den Kraftwerken in Tschechien und der Slowakei ist es genau das Gleiche. Atomkraft ist auch da nicht die Lösung. Das wollen Sie uns doch hier nicht ehrlich verkaufen. Deswegen bin ich schon sehr überrascht über das, was Sie hier vorbringen.

Noch ein Letztes: Sie sagen, wir könnten in Jülich einfach weiter forschen. – Haben Sie die Forscher, die in Jülich tätig sind, eigentlich einmal gefragt? Wahrscheinlich haben Sie das nicht getan. Ich hingegen habe dort angerufen und gefragt: Wie stehen Sie zu einem solchen Antrag? Wünschen Sie sich, dass wir wesentlich länger und weiter daran forschen? – Die Forscher in Jülich sagen einem: Na ja, wir finden, dieser Antrag ist völlig aus der Welt. Wir haben gar kein großes Interesse daran, weiter zu forschen.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Daran sieht man erneut, dass Sie auf einem völlig falschen Dampfer sind und Sie hier etwas hineinschreiben, das der Realität auf keinen Fall entspricht.

Ich sehe eine Kurzintervention.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Die Kurzintervention wird nach Ihrer Rede in Gang gesetzt, Herr Kollege. Sie können zunächst zu Ende sprechen.

**Dr. Christian Untrieser (CDU):** – Ach so. Entschuldigung. – Dann bin ich jetzt am Ende meiner Rede und bereit für die Kurzintervention. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Dr. Untrieser. – Damit ist eine Kurzintervention von der AfD-Fraktion angemeldet. Herr Loose hat das Mikrofon bei sich aktiviert, und jetzt ist es offen. Bitte schön, Herr Loose, Sie haben das Wort.

**Christian Loose (AfD):** Danke, Herr Präsident. – Herr Untrieser, Sie haben von Bauprojekten gesprochen, die im Moment aktiv stattfinden und die nicht immer glücklich laufen. Man findet aber in ganz vielen Bereichen Bauprojekte – bei Windkraftträdern, bei Solaranlagen, bei Biogasanlagen, bei Staudämmen, und es ist sehr kurios, wie viele Tote es in den letzten Jahrzehnten allein beim Bau von Staudämmen gab. Deswegen würde jetzt aber keiner auf die Idee kommen, keine Staudämme mehr zu bauen.

Anscheinend haben Sie nicht verstanden, dass es hier bei uns um die Forschung nach neuer Technologie geht. Es gibt inhärent sichere Kraftwerke. Diese Kraftwerke fahren von alleine herunter – es spielt keine Rolle, ob ein Mensch oder ob ein Kühlsystem dabei ist oder nicht –, und da können wir tatsächlich forschen und auch Reststoffe wiederverwenden, die Sie im Moment nicht in der Lage sind, irgendwo unterzubringen.

Noch ein Punkt: Sie schauen immer nach China und sagen, die Chinesen bauen die Elektroautos. Davon sind die inzwischen weg. Die Chinesen bauen aber Kernkraftwerke in der Nähe von Großstädten, um dort die Abwärme als Fernwärme für die Bewohner zu nutzen. Das machen die Chinesen im Moment.

Wir wollen so etwas gar nicht, sondern wir wollen erst einmal nur forschen und in die Zukunft investieren. Sie wollen das aber leider blockieren.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Bitte schön, Herr Untrieser, eineinhalb Minuten für Sie zur Reaktion.

**Dr. Christian Untrieser (CDU):** Herr Loose, das war wieder symptomatisch. Sie sprechen wieder von den

chinesischen Atomkraftwerken, sagen aber gleichzeitig: Eigentlich eine tolle Idee, aber in Deutschland wollen wir das nicht haben.

Wenn Sie das wirklich so meinen und nur die Forschung wollen, dann fragen Sie doch einmal die Forscher in Nordrhein-Westfalen, die in der Lage wären, das zu leisten. Sie werden Ihnen sagen: Das ist ein Projekt, das für uns gerade nicht interessant ist. Deswegen werden wir es auch nicht machen. – Wenn Sie dafür sind, dass wir es trotzdem irgendwie realisieren sollten,

(Markus Wagner [AfD]: Das liegt doch an Ihnen!)

dann müssten Sie aber auch hinzufügen, mit wie viel Geld Sie die Forscher – die das, wie gesagt, nicht machen wollen – ausstatten wollen. Das wäre in dieser Debatte dann auch ehrlich.

Ansonsten stelle ich noch einmal fest: Sie entfernen sich zumindest von diesem gesamtgesellschaftlichen Konsens, dass wir Atomkraftwerke in Deutschland nicht mehr wollen. Ich bitte Sie: Sagen Sie das ein bisschen offener,

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

denn dann können die Menschen auch entscheiden, und verstecken Sie es nicht in solchen Anträgen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Dr. Untrieser. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Bell.

**Dietmar Bell (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon ein bemerkenswerter Antrag, den die AfD heute hier auf den Tisch legt. Sie macht sich damit zum Sprachrohr der Atomkraftlobby oder besser von dem, was in Deutschland noch davon übrig ist.

(Helmut Seifen [AfD]: Was Sie übrig gelassen haben!)

Während sonst der Duktus des Volkswillens genutzt wird, den man angeblich repräsentiert, muss jetzt die angeblich bedrohte Wissenschaftsfreiheit erhalten, um die formulierten Ziele zu erreichen, weil Sie genau wissen, dass es keinerlei politische Mehrheit dafür gibt, einer Renaissance der Kernenergie das Wort zu reden.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Aber so ist das: Wer wie die AfD-Fraktion die Fahrt des Wissenschaftsausschusses nach Japan boykottiert, kann sich hier locker schwadronierend hinstellen und die Gefahren, die von der Kernenergie ausgehen, bagatellisieren.

(Christian Loose [AfD]: Das können Sie selber machen!)

Ich war im Mai dieses Jahres mit den Kolleginnen und Kollegen in Fukushima, weil Nordrhein-Westfalen nach der Reaktorkatastrophe eine Kooperation zur Präfektur Fukushima aufgebaut hat,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

um sie bei der Bewältigung dieser unfassbar großen Aufgabe der Stabilisierung der von der Kernschmelze getroffenen Reaktorblöcke und der Reinigung und Beseitigung der kontaminierten Erden, Gebäude, Geräte etc. zu unterstützen.

Ich werde die verlassenen Landstriche, die riesigen Zwischenlager für das kontaminierte Kühlwasser, die kontaminierten Erden und die explodierten und baulich immer noch nicht stabilen Reaktorblöcke nicht vergessen.

Es gilt aus meiner Sicht, was Johannes Rau in diesem Haus nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 04.06.1986 sagte. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

„Es geht auch um grundsätzliche Fragen: Überfordert eine komplexe Technologie wie die Kernenergie die Menschen, die letztlich ja immer mit diesen Anlagen umgehen müssen? Menschen sind unvollkommen. Sie machen Fehler. Sie funktionieren nicht wie Maschinen. Welche technischen Möglichkeiten wollen wir nutzen? Auf welche sollten wir verzichten? Welche Risiken können wir hinnehmen, und welche sind für uns nicht verantwortbar?“

Die politische Antwort dieses Hohen Hauses für Nordrhein-Westfalen unter der politischen Führung der SPD ist seitdem klar.

Ich zitiere erneut Johannes Rau aus seiner Rede vom 10.07.1986:

„Wir wollen umsteuern aus der Kernenergie in eine Energieversorgung ohne Atomkraft! Ich bin stolz darauf.“

An den bereits in den damaligen Plenardebatten erregt diskutierten Sachverhalten hat sich doch nicht wirklich etwas geändert.

(Helmut Seifen [AfD]: Doch!)

Noch immer ist die Frage der Endlagersuche nicht beendet. Stattdessen wird mit Milliarden von Steuermitteln versucht, das atomare Erbe, an dem übrigens auch Jülich beteiligt ist, aus der Asse zu bergen. Lesen Sie doch wenigstens einmal den Abschlussbericht des Asse-Untersuchungsausschusses des Niedersächsischen Landtages. Wir schaffen es ja aktuell noch nicht einmal, dieses atomare Erbe ohne erhebliche Risiken zu bergen.

Das alles muss Sie aber nicht nachdenklich machen; das würde schlichtweg voraussetzen, dass Sie für Argumente offen sind.

Es muss Sie auch nicht nachdenklich machen, dass eine breite Mehrheit der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen den Weiterbetrieb der belgischen Kraftwerke Thiangen und Doel mit großer Sorge betrachtet. Wie sollen wir mit unseren belgischen Partnern über eine Abschaltung dieser Reaktoren sprechen, wenn wir hier diesem Antrag folgen würden, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Schlimmer als diese bornierte Haltung ist allerdings die völlige Ahnungslosigkeit in der Geschichte der Kernkraftwerke in Nordrhein-Westfalen. Wenn man Ihren Antrag liest, entsteht der Eindruck, dass mit den drei Reaktoren Hamm-Uentrop, Jülich 2 und Kalkar ein internationaler Spitzenplatz der Reaktorforschung in Nordrhein-Westfalen bestanden hat oder noch besteht, der zwingend gestärkt werden müsste.

Nehmen Sie doch zur Kenntnis, dass Kalkar niemals in Betrieb gegangen ist, weil es erhebliche Bedenken gegen die dort verbaute Technik gab.

(Helmut Seifen [AfD]: Angst!)

Ich zitiere erneut Johannes Rau in seiner Rede vom 04.06.1986:

„Wir sind der Auffassung, dass die energie-, industrie- und forschungspolitischen Ziele, die mit dieser Reaktorlinie verbunden sind, nicht erreicht werden. Wir haben deshalb der Bundesregierung vorgeschlagen, mit uns gemeinsam eine Neubewertung der Brütertechnologie vorzunehmen.“

Weiter heißt es:

„Darüber hinaus wird die Landesregierung verstärkt darauf hinwirken, dass die gesetzlichen und sonstigen Voraussetzungen geschaffen werden, damit Kalkar nicht in Betrieb geht.“

Deshalb ist Kalkar nicht Symbol der herausragenden Forschungslandschaft in Nordrhein-Westfalen, sondern der teuerste Freizeitpark, der je gebaut wurde, und aus meiner Sicht ein Fanal des technischen Scheiterns.

Nehmen Sie doch einfach zur Kenntnis, dass das Konzept der sogenannten Kugelhaufenreaktoren, das den ersten beiden Reaktoren Jülich 2 und Hamm-Uentrop zugrunde liegt, wirtschaftlich und technisch gescheitert ist. Jülich 2 sollte der Verbreitung dieser Technik dienen.

Lesen Sie doch einmal den im Auftrag des Forschungszentrums Jülich und der AVR erarbeiteten Bericht der Expertengruppe zum Betrieb von Jülich 2, der im März 2014 vorgestellt wurde. Das Forschungszentrum Jülich hat in seiner Stellungnahme zum Bericht eingeräumt, dass es in der Vergangen-

heit gravierende Fehler und Versäumnisse sowie Unzulänglichkeiten bei der Einhaltung der Regeln einer guten wissenschaftlichen Praxis gab. Aus diesem Grund hat Jülich dann auch angekündigt, die Arbeiten zu Kugelhaufenreaktoren einzustellen und die noch betriebenen Großexperimente stillzulegen.

Hamm-Uentrop dürfte aus meiner Sicht als eines der größten technischen Debakel im Nachkriegsdeutschland gelten. Von 1985 bis zur Stilllegung 1989 hat der Reaktor umgerechnet gerade einmal 423 Volllasttage erreicht. Es gab große Probleme mit der Betriebssicherheit und mit der Entsorgung von Brennelementen, weil die genutzten Brennelemente Material enthielten, das waffenfähig und leicht abtrennbar war. Aus diesem Grund und aufgrund der Proliferationsgefahr hatten die USA bereits 1977 die Ausfuhr dieser Brennelemente gestoppt. Wie man vor diesem Hintergrund über Jahrzehnte ernsthaft den Vertrieb dieses Reaktortyps in Entwicklungsländer – Gott sei Dank erfolglos – betreiben konnte, ist absolut unverständlich.

Die Reaktorbetreibergesellschaft war 1989 nicht mehr in der Lage, den Reaktor wirtschaftlich zu betreiben. Bis heute zahlen die damaligen Gesellschafter für die Rückabwicklungskosten; übrigens auch das Stadtwerk, dessen Aufsichtsratsvorsitzender ich bin.

Der THTR-300 ist genau wie der Schnelle Brüter in Kalkar ein Symbol des Scheiterns und nicht des Erfolgs.

(Markus Wagner [AfD]: Warum reden Sie über vergangene Technologie? Es geht um den Antrag!)

Was Sie dem Forschungszentrum Jülich mit diesem Antrag antragen, ist nichts anderes als der Ritt in diese wissenschaftspolitische Vergangenheit. Ihre Pläne würden das Renommee und die Zukunftsfähigkeit des Forschungszentrums infrage stellen. Es war eine wissenschaftsautonome Entscheidung von Jülich, diesen Forschungsstrang in der bisherigen Ausprägung zu beenden.

Herr Professor Dr. Marquardt hat die Neuausrichtung des Forschungszentrums in mehreren Gesprächen, auch in unserem Wissenschaftsausschuss, erläutert.

(Helmut Seifen [AfD]: Das ist mir klar!)

Dass Sie, Herr Seifen, als Ausschussvorsitzender dies offensichtlich nicht akzeptieren – und das wird durch diesen Antrag deutlich –, bestätigt meine Kritik an Ihrer Arbeit hier im Parlament. Vorsitz und Mandat dieses Ausschusses sind untrennbar verbunden. Dieser Antrag beschädigt einmal mehr das Bild des Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Lassen Sie uns hier deshalb mit einem entschiedenen Nein auf diese kruden Überlegungen antworten.

Anstatt weiter auf diesen Antrag einzugehen, möchte ich darauf hinweisen, wie die vorhandene Kompetenz im Forschungszentrum aktuell sinnvoll eingesetzt wird.

In diesem Herbst haben 30 internationale Experten in Jülich Überwachungsverfahren zur Kontrolle nuklearer Abrüstung erprobt. In diesem internationalen Konsortium wird dies unter deutsch-französischer Leitung unter anderem an simulierten Sprengköpfen erprobt. Das sind wissenschaftliche Kompetenz und Verantwortung, die meine Fraktion und ich für vorbildlich halten.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Wir werden der Überweisung natürlich zustimmen, auch wenn wir uns fragen, warum Sie die Überweisung in den Digitalisierungsausschuss beantragt haben, der damit die Federführung erhält. Ich vermute, dass Sie der wissenschaftspolitischen Debatte ausweichen wollten. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Bell. – Es gibt eine Kurzintervention, angemeldet von der AfD-Fraktion. – Bitte schön, Herr Loose.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Gegenruf von Helmut Seifen [AfD]: Doch!)

**Christian Loose** (AfD): Danke, Herr Präsident. – Man kann natürlich auch Pferdekutschen mit einem Ferrari vergleichen, weil beide irgendwas mit Pferden zu tun haben und Ferrari das Pferd in seinem Logo trägt.

So ungefähr fällt Ihr Vergleich von Kernkraftwerken der dritten und vierten Generation mit den Kraftwerken von Fukushima oder Tschernobyl aus. Daran, dass Sie nicht einmal in der Lage sind, sich mit den neueren Kraftwerkstypen auseinanderzusetzen und überhaupt nicht erkennen, welches Potenzial für die Welt und für Deutschland darin steckt, erkennt man leider die völlige Ahnungslosigkeit oder Hilflosigkeit Ihrer Partei.

Es gibt sicherlich Forscher, die den Dual-Fluid-Reaktor erforschen wollen. Man könnte dafür durchaus einen Lehrstuhl in Jülich ausschreiben, denn dafür würden sich sicherlich Bewerber finden. Man braucht nicht unbedingt die aktuellen Forscher bemühen, die lieber Gelder für andere Projekte wollen, die Sie ihnen sicherlich geben würden.

Gerade die politische Verantwortung für den Reststoff der bisherigen Kernkraftwerke macht es erforderlich, dass wir über eine weitere Nutzung dieser

Reststoffe nachdenken. Genau das ist mit den Reaktoren der dritten und vierten Generation möglich, denn diese Reststoffe, die noch 90 % der ursprünglichen Energie enthalten, können genutzt werden, um hier in Deutschland kostengünstig Energie zu produzieren.

Aber das wollen Sie in Ihrer Borniertheit – dieses Wort haben Sie gerade benutzt – einfach nicht sehen. Sie wollen Äpfel mit Birnen vergleichen und von veralteter Technik sprechen und gar nicht mehr von der Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege Bell, Sie haben nun anderthalb Minuten Zeit für Ihre Entgegnung. Bitte schön.

**Dietmar Bell (SPD):** Die brauche ich gar nicht. Ich überlasse die Entscheidung zur Einrichtung und Einwerbung von Lehrstühlen den autonomen Hochschulen und den Forschungsinstituten dieses Landes, die dafür deutlich geeigneter sind als Sie als AfD-Fraktion.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Bell. – Nun spricht Herr Matheisen für die FDP-Fraktion.

**Rainer Matheisen (FDP):** Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits 1978 kämpften die FDP-Landesminister Dr. Burkhard Hirsch, damals Innenminister, und Dr. Horst-Ludwig Riemer, damals Wirtschaftsminister, gegen die Errichtung von Kernkraftwerken in NRW. Ihnen haben wir es zu verdanken, dass die sozialliberale Koalition damals auch die Inbetriebnahme des Schnellen Brütters

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

in Kalkar auf Eis gelegt hat.

Weite Teile des Landes, meine ganze Generation ist ihnen dafür dankbar, dass sie dieses getan haben. Es war eine kluge Entscheidung.

Genauso wie diese liberalen Vordenker damals richtig entschieden haben, sollten wir auch jetzt genau abwägen, was wir tun. Es geht eben um diese Abwägung und nicht grundsätzlich um Denkverbote, wie Sie immer wieder suggerieren. Mittlerweile haben wir beim Atomausstieg – das wurde bereits gesagt – einen gesellschaftlichen Konsens.

Sie haben hier eben die ganze Zeit von Wiedereinstieg in die Atomkraft und damit über die Neuerrichtung von Kernkraftwerken gesprochen. Ich wüsste

ganz gerne, wo konkret die AfD das machen möchte; das habe ich bislang noch nicht gehört.

Ich glaube auch, dass Ihre Wählerinnen und Wähler kein neues Atomkraftwerk vor ihrer Tür stehen haben wollen, weil das mit erheblichen Risiken verbunden ist, die kein privater Versicherer in irgendeiner Form versichern wird.

Sagen Sie doch einmal konkret: Möchten Sie es gerne in Coesfeld haben? Möchten Sie es gerne in Bonn stehen haben? Wollen Sie es gerne in Düsseldorf neben dem Landtag haben?

Sagen Sie es doch mal konkret. Dann wird man sehen, wie Ihnen die Wähler davonrennen. Was Sie hier fordern, ist völlig absurd. Es geht wieder einmal darum, allgemein etwas zu suggerieren. Mit konkreter Handlungsfähigkeit in der Politik haben Ihre Anträge nichts zu tun.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Als NRW-Koalition haben wir eine klare Linie: Uns ist das Thema „Sicherheit“ wichtig. Wir werden weiterhin Sicherheitsforschung im Kernforschungsbereich unterstützen.

Darüber hinaus ist uns das Thema – darauf geben Sie keine Antwort – „Entsorgungsforschung“ wichtig. Das ist der Kernpunkt dessen, womit wir uns noch die nächsten Jahre, Jahrzehnte, vielleicht sogar Jahrhunderte beschäftigen müssen. Deshalb müssen wir darauf unsere Arbeit und die Mittel konzentrieren.

Wir müssen wissen, was mit dem Müll, der in den letzten Jahrzehnten angefallen ist, in Zukunft passieren wird, wie wir das entsprechend sicher gestalten. Ich werbe dafür, diesen Kurs weiterzufahren.

(Beifall von der FDP)

Wir müssen der Wirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen geben. Es kann nicht sein, dass wir heute hü und morgen hott sagen. Man hätte ja seinerzeit eine Entscheidung treffen können. Ich will jetzt nicht über irgendwelche Entscheidungen der Vergangenheit reden, ob man es ein paar Jahre länger oder kürzer laufen lässt; aber jetzt ist eine Entscheidung getroffen.

(Zuruf von der AfD)

Niemand in der Wirtschaft möchte das wieder umkehren. Was Sie hier fordern, ist völlig absurd. Sie fordern eine Kehrtwende. Sie würde wieder zu Unsicherheit in der Energiewirtschaft führen.

Wir brauchen hingegen Wettbewerb, einen vernünftigen Markt, der die besten Ideen für modernste, neueste Technologien voranbringt. Sie jedoch fordern neue Subventionen für die Kernkraft. Das machen wir nicht mit. Wir setzen auf neue innovative Technologien, um NRW als Energieland ganz nach vorne zu bringen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Christian Loose [AfD])

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Matheisen. Sie haben vielleicht bemerkt, dass eine Kurzintervention angemeldet wurde, auf die Sie natürlich gerne von Ihrem Platz aus eingehen dürfen.

Zur Kurzintervention hat sich Herr Dr. Blex aus der AfD-Fraktion gemeldet. Bitte schön.

**Dr. Christian Blex (AfD):** Herr Matheisen, Sie haben davon geredet, dass wir uns um die atomaren Reststoffe kümmern müssen. Offenbar ist Ihnen nicht bekannt, dass man sie nur entweder verbuddeln oder in Reaktoren mit schnellen Neutronen beschießen kann, um dort die Transurane entsprechend zu zerschlagen und damit die Halbwertszeiten zu senken.

Dafür brauchen Sie aber Reaktoren mit schnellen Neutronen. Das ist Ihnen wohl nicht bekannt. Genau das macht man im Übrigen gerade in Russland sehr erfolgreich. Die Russen sind zum Beispiel mit dem BN-800 sehr weit. Sie bauen gerade einen größeren Reaktor.

Herr Matheisen, wenn Sie also an den atomaren Reststoffen forschen wollen, um damit umzugehen, sagen Sie mir doch einmal, wie Sie das ohne schnelle Reaktoren machen wollen. Sie haben ja eben gesagt, dass das wichtig ist. Was wäre denn Ihr Konzept, außer schnelle Reaktoren mit schnellen Neutronen?

Diese Frage können Sie mir gerne einmal beantworten. Das interessiert mich aus physikalischer Sicht sehr.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Dr. Blex. – Das Mikro müsste frei sein.

**Rainer Matheisen (FDP):** Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Dr. Blex, ich habe Ihnen eben die Frage gestellt, wo konkret Sie das ansiedeln wollen, und bin immer noch auf Ihre Antwort gespannt.

Bevor Sie diese Frage nicht beantwortet haben, werde ich auf so einen allgemeingefassten Antrag, auf so allgemeingefasste Formulierungen, die zur AfD-Methodik gehören, mit denen Sie hier in diesem Parlament versuchen, Debatten zu führen, und die völlig an der Realität vorbeigehen, nicht eingehen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall von der FDP, der CDU und der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Matheisen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Kollege Bolte-Richter.

**Matthi Bolte-Richter\*** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben bereits heute Morgen und auch jetzt wieder einen ziemlich knuffigen Überbietungswettbewerb erlebt, wer eigentlich der Grünste im Land ist.

Lieber Rainer Matheisen, dass die FDP schon immer gegen Atomkraft war und Nordrhein-Westfalen ein Hort der Gegnerschaft der Atomenergie war und ist, das müssten Sie mal mit Herrn Brockes besprechen; dann ist diese Wahrnehmung vermutlich vom Tisch.

(Beifall von den GRÜNEN und der AfD)

Genauso absurd ist der Antrag der AfD. Was ist eigentlich an der immer wieder vorgetragenen Mär einer angeblich klimafreundlichen Atomkraft dran? – Dazu muss man sich einfach mal die Zahlen angucken.

Um die Erderhitzung auf 2 Grad zu begrenzen, müssten die weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 von heute 37 Milliarden t auf unter 5 Milliarden t sinken.

Das Wuppertal Institut hat dazu ein Szenario entwickelt, was das bedeuten würde: Das würde bedeuten, dass wir 1.000 neue Atomkraftwerke bräuchten und selbst dann nur einen Anteil von 5 % der Atomkraft erreichen würden. Die Szenarien, die Sie hier vortragen, sind völlig grotesk.

(Beifall von den GRÜNEN)

Atomkraft ist nicht klimaneutral. Der Abbau, das Zermahlen, das Aufbereiten und Umwandeln von Uran zu Reaktorbrennstoff verursachen Emissionen, die Behandlung und Lagerung der Abfälle verursachen Emissionen, der Abriss der AKW und die Renaturierung ohnehin, mal ganz zu schweigen von den völlig unmenschlichen Abbaubedingungen in den Uranfördergebieten.

Atomkraft ist ebenso extrem gefährlich und extrem teuer. Das gilt übrigens, wenn man sich diesen Antrag einmal anschaut ...

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Bolte-Richter, darf ich Sie einmal unterbrechen? Herr Dr. Blex aus der AfD-Fraktion würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Matthi Bolte-Richter\*** (GRÜNE): Nein, die möchte ich nicht zulassen; ich möchte gerne weiter ausführen.

Atomkraft ist und bleibt extrem gefährlich und teuer. Das sieht man schon, wenn man sich den in Ihrem Antrag viel gepriesenen THTR in Hamm-Uentrop anguckt, eine wirklich beeindruckende Bilanz: 423 Tage in Volllastbetrieb und in dieser Zeit über 120 meldepflichtige Ereignisse.

Man sieht, was wir davon zu erwarten haben, was die AfD hier unter Technologie preist. Dieser Antrag voller Stuss kriegt ein Gedicht zum Jahresschluss:

Apfel, Nuss und Mandelkern essen fromme Kinder gern.  
Doch des Kernes Energie,  
diese mochten wir noch nie.  
Wir wissen schon seit Hoppenstedt:  
Der Kraftwerksbau scheint erst mal nett,  
doch irgendwann macht's immer bumm,  
und alle Kühe fallen um.

(Beifall von den GRÜNEN)

Des Atomes falsche Klimafreunde  
servieren uns nun viele Träume  
von Strom und Power ohne Ende –  
ganz ohne Energienwende.  
Doch alles das ist grundverkehrt,  
der Umstieg würde nur erschwert.  
Klimabilanz katastrophal,  
Atommülllager überall.  
Teuer wird er obendrein,  
der Rückbau zur Wiese besenrein.  
Neue Milliarden für Atomforschung, deren Ziel  
bleibt vage Hoffnung.  
Drum Finger weg vom Kraftwerkfeuer,  
ist für die Erde viel zu teuer,  
bringt nichts für Kegel, Kind und Klima.  
Nur Erneuerbare, die sind prima!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen ein fröhliches und gesegnetes Weihnachtsfest. Ich hoffe, unter Ihrem Baum trägt jemand anderes etwas Erbaulicheres vor als Dicki Hoppenstedt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Bolte-Richter. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Professor Dr. Pinkwart – und die Latte liegt hoch.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart,** Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es weihnachtet wirklich sehr. Deswegen will ich jetzt auch gar nicht diese allgemeine Debatte noch weiter vertiefen, vielleicht nur mit einem Hinweis, weil es ja noch mal grüner werden sollte.

In Schweden haben die Grünen die Atomkraft weiter verlängert. Das hängt also nicht nur an der Parteizugehörigkeit, sondern die Auffassungen, die Haltungen zu dieser Technologie sind halt unterschiedlich.

So sehen wir, dass in Europa bei unserem geschätzten französischen Nachbarn zu 72 % Strom durch Kernenergie umgewandelt wird, die Wärme zu 62 %. Es ist auch kein Ende absehbar. Das könnten wir jetzt verlängern.

Aber wir sind in Deutschland, und dazu ist alles gesagt worden. Deutschland hat sich jetzt aus dieser Technologie auf einem Ausstiegspfad verabschiedet.

Gleichwohl wird es wichtig bleiben, dass wir, solange wir Kernenergie hier am Standort haben und auch zurückbauen, aber auch um unsere Interessen gegenüber unseren Nachbarn, die weiterhin Kernenergie nutzen, zu wahren, über kerntechnisches Know-how verfügen. Deswegen ist das Thema Kernenergiesicherheitsforschung ein wichtiges Thema.

Mich hat in Anbetracht dieser Bedeutung nur gewundert, dass das im AfD-Antrag zwar in der Überschrift steht und noch am Ende in einem Halbsatz in einer Forderung, aber sonst liest man dazu eigentlich nichts in dem Antrag. Also da, wo es sinnvoll wäre, ist keine Substanz drin. Das ist das eigentlich Bedauerliche an dieser Vorlage.

(Beifall von der FDP)

Da kann man aber Abhilfe leisten unter anderem auch, indem ich jetzt zwar kein so schönes Weihnachtsgedicht vortragen kann, mein lieber Herr Bolte-Richter, aber ich kann dafür aus dem 7. Energieforschungsrahmenprogramm der Bundesregierung zitieren.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist ja vielleicht auch etwas, was man anbieten kann, denn der Bund hat im April dieses Jahres, also noch ganz frisch, eine Richtlinie zu Förderungen von Zuwendungen im Rahmen dieses 7. Energieforschungsprogramms in der nuklearen Sicherheitsforschung und der Strahlenforschung veröffentlicht.

Damit soll der Stand von Wissenschaft und Technik weiterentwickelt werden und ein – ich darf mit Genehmigung der Präsidentin zitieren – substanzieller Beitrag zum Aufbau der Weiterentwicklung und dem Erhalt der wissenschaftlich-technischen Kompetenz – Zitatende – geleistet werden

Ich zitiere weiter: Da über die Restlaufzeit der Kernkraftwerke hinaus in Deutschland weiterhin Kompetenzen auf den genannten Gebieten in Behörden, Industrie, Forschung und in der Medizin benötigt werden. – Zitatende.

Gegenstand der Förderung sind grundlegende Forschungsarbeiten auf den Feldern „Reaktorsicherheit,

Entsorgungs- und Strahlenforschung“ mit dem Ziel der gezielten Nachwuchsförderung zwecks Kompetenzerhalt an deutschen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und in Unternehmen und Behörden.

Ein weiterer wesentlicher Faktor liegt künftig in der Stärke und der globalen Perspektive der nuklearen Sicherheits-, Entsorgungs- und Strahlenforschung, durch den Ausbau der Vernetzung innerhalb der Europäischen Union und den Aufbau entsprechenden auch internationalen Fachwissens bei Expertinnen und Experten in Deutschland.

Kompetenzerhalt ist nämlich auch aus Sicht des Bundes wichtig, um die kerntechnischen Sicherheitsinteressen Deutschlands mit Blick auf ausländische kerntechnische Anlagen in Zukunft fundiert und damit wirkungsvoll vertreten zu können.

Wir haben in den letzten zweieinhalb Jahren ganz intensiv diskutiert, wie wir uns durch kerntechnische Anlagen von Nachbarn beeinträchtigt sehen. Da ist Know-how notwendig.

Deshalb habe ich mich als damaliger Innovationsminister und Wissenschaftsminister schon dafür eingesetzt, dass auch Lehrstühle, die hier in Nordrhein-Westfalen auszulaufen drohten, wieder besetzt wurden.

Wir haben am Forschungszentrum Jülich beispielsweise im Institut für Energie- und Klimaforschung den Institutsbereich IEK-6 mit Herrn Professor Bosbach, Professor Modolo und Frau Dr. Niemeyer. Im Bereich der nuklearen Entsorgung wird hier geforscht.

Themenschwerpunkt sind unter anderem radiochemische Fragen zur Langzeitsicherheit bei der Endlagerung sowie materialwissenschaftliche und Konditionierungsfragen bei der Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Abfälle.

Ebenso wird im Auftrag des Bundes Begleitforschung für die Unterstützung von Sicherungsmaßnahmen der Internationalen Atomenergie-Organisation zur Kontrolle und Überprüfung der friedlichen Nutzung von Kernmaterial im Rahmen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen durchgeführt, welcher von der Internationalen Atomenergie-Organisation überwacht wird.

Im Institut für Energietechnik der Fakultät für Maschinenbau der Ruhr-Universität Bochum führt die Arbeitsgruppe „Plant Simulation and Safety“ von Professor Koch numerische Simulationen und Sicherheitsanalysen von Kraftwerken und relevanten Phänomenen, insbesondere auch thermohydraulischen Transportphänomenen in Verbindung mit Kühlmittelverluststörfällen bei Kernkraftwerken durch.

Die Kraftwerksschule e. V. KWS in Essen führt seit Jahrzehnten behördlich anerkannte Kurse durch, unter anderem für den Fachkundeerwerb und den

Fachkundeerhalt kerntechnischen Personals, das heißt für verantwortlich tätige Personen und sonst tätige Personen in deutschen kerntechnischen Anlagen, aber zunehmend auch international.

Die KSG Kraftwerks-Simulator-Gesellschaft mbH und die GfS Gesellschaft für Simulatorschulung mbH mit Sitz in Essen führen seit nunmehr 40 Jahren im Simulatorzentrum der KSG/GfS in Essen das Simulatortraining für das lizenzierte Personal aller deutschen und eines holländischen Kernkraftwerks durch.

Der Kölner Betriebsteil, gleichzeitig Sitz der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit, vertritt alle GRS-Bereiche außer der Endlagersicherheitsforschung.

Fachliche Schwerpunkte bilden die Reaktorsicherheitsanalysen sowie der Strahlen- und Umweltschutz.

Außerdem wird unter anderem der Projektträger Reaktorsicherheitsforschung von Köln aus gesteuert.

Darüber hinaus sind viele Unternehmen mit Expertise in der Kerntechnik, insbesondere im Bereich Rückbau und Entsorgung – unter anderem STEAG, GNS Gesellschaft für Nuklear-Service, WTI Wissenschaftlich-Technische Ingenieurberatung oder Brenk Systemplanung – mit Sitz in Nordrhein-Westfalen tätig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich trage das deshalb so ausführlich vor, weil für die Landesregierung das Thema „Atomsicherheit“ in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und in Europa ein weiterhin wichtiges Thema ist und bleibt, da wir die Menschen vor Risiken aus diesem Bereich schützen müssen.

Wir müssen die Gefahren einschätzen können. Wir müssen, wenn Gefahren auftreten sollten – auch im benachbarten Ausland –, im Zweifel mit eigener Expertise vor Ort tätig werden.

Wenn ich mich richtig erinnere, waren es gerade auch deutsche Expertinnen und Experten, die helfen konnten, dass Tschernobyl nicht noch schrecklichere Folgen für die Menschen in Europa hatte. Deswegen ist Know-how immer wichtig.

Ich finde – wenn ich mir die Bemerkung noch erlauben darf –, dass wir Mitverantwortung tragen, da wir auch kerntechnische Anlagen im Ausland aus Nordrhein-Westfalen heraus mit Technologie bestückt haben. Es ist auch Teil unserer Verantwortung – selbst wenn wir die Technologie nicht mehr nutzen –, in Zukunft mit dazu beizutragen, mit den Folgen, die daraus für die Menschen erwachsen können, so verantwortlich wie möglich umzugehen.

Sie mögen dem entnehmen, dass uns das weiter ein Anliegen bleibt. Ich habe Ihnen dargestellt, welches Know-how wir haben.

Wir werden uns darum bemühen – das ist auch im Sinne der Bundesregierung –, die Möglichkeiten dafür zu schaffen, dass das Thema „Kernsicherheitsforschung“ wichtig bleibt.

Das betrifft vor allem die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, damit sie mit diesen sicherlich von allen respektierten Gefahren auch in Zukunft weiter verantwortungsvoll umgehen können.

Ich darf mich bei Ihnen sehr persönlich für die guten Beratungen, die wir in diesem Jahr hatten, bedanken. Ich wünsche Ihnen ein frohes, segensreiches Weihnachtsfest und ein gutes, glückliches und gesundes neues Jahr. – Herzlichen Dank für Ihre freundliche Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister Dr. Pinkwart. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Stinka jetzt das Wort.

**André Stinka (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Kollege Dietmar Bell hat bereits eine Menge zur Historie im Bereich der Wissenschaft gesagt.

Ich dachte im Vorfeld dieser Debatte, zum Thema „Atomenergie“ sei alles ausdiskutiert: Jodtabletten, die bis ins Ruhrgebiet verteilt werden, Anträge zum Thema „Tihange“.

Aber nein: Die AfD lässt es sich nicht nehmen – und das ist auch gut so –, deutlich zu sagen, dass sie für die langfristige Kernkraftnutzung ist.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Reden Sie nicht über Forschung. Sie wollen Kernenergie gegen alle wissenschaftlichen Beiräte und gegen den Willen der Bevölkerung.

(Helmut Seifen [AfD]: Nein!)

Das können wir festhalten, das steht im Protokoll – und das ist auch gut so.

(Beifall von der SPD)

Ich finde es gut, dass wir da Klarheit haben. Ich bin etwas irritiert von den Debatten der vergangenen Tage, auch seitens der Jungen Union.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Aber die Kanzlerin hat wieder geradegerückt, dass wir beim Atomausstieg bleiben.

(Helmut Seifen [AfD]: Sie hat sich gebeugt! Sie hatte Angst vor Ihnen!)

Beschäftigen wir uns noch einmal mit den Fakten, die hier schon angesprochen wurden. Die Atomenergie wird von der AfD als nachhaltig dargestellt.

Wir reden hier über hochgefährlichen Müll. Wir reden über Unglücke, von denen es während meiner 54-jährigen Karriere auf dieser Welt schon drei gab. Jeder Wissenschaftler sagte, dass 1.000 Jahre lang nichts passiere. Es gab aber in dieser Zeit drei schwere Unfälle: Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Ich finde es von Herrn Blex zynisch, Russland als Beispiel für Sicherheit zu nennen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

1986 gab es den schweren Unfall in Tschernobyl. Seitdem leiden 2,4 Millionen Menschen an den Folgeschäden. Sie haben heute Morgen über die Schäden durch Windkraftanlagen gesprochen. Sie haben jegliche Transparenz verloren. Sie kümmern sich nicht um die 2,4 Millionen Menschen, die damals umgekommen sind. Dann sind Sie ganz still.

(Christian Loose [AfD]: Oh Mann!)

Das ist Ihnen nämlich alles völlig egal. Sie regen sich über das Recycling von Autobatterien auf, vergessen aber die Folgen von Tschernobyl.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Wer Russland als Beispiel bringt, muss sich nicht wundern.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Dann gehen Sie da doch hin!

(Zuruf von der SPD: Genau! – Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Sie wollen Atomenergie. Sagen Sie das doch hier einmal. Das ist doch so. Das ist doch Unfug, was Sie hier behaupten.

Sie sind zynisch angesichts der Menschen, die umgesiedelt werden mussten. Ich bin in Weißrussland gewesen und habe 30.000 Menschen gesehen, die zur Erholung in den Kreis Coesfeld kommen. Was sagen Sie denn den Kindern, die bis heute von Tschernobyl betroffen sind?

(Beifall von der SPD)

Das ist doch Unfug.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Hören Sie auf. Sie haben doch keine Ahnung.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wir haben die Strahlung 1986 – ich war damals Soldat in Essen-Kupferdreh – bis Essen gemessen. Wir wussten nicht, wie wir mit 30 Eisenbahnwaggons voll verseuchter Molke umgehen sollten. Und Sie reden von sicherer Technologie? – Das ist Zynismus pur.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Die Atomkraftwerke, die in den 70er-Jahren gebaut wurden, sind auf 25 Jahre ausgelegt. Häufig laufen sie 40 Jahre.

Wir haben wegen Tihange die Riesenproblematik – ich habe gerade davon gesprochen –, dass wir, falls ein Unfall passiert, bis ins Ruhrgebiet hinein Jodtabletten verteilen müssen. Was ist das denn für eine Technik?

(Christian Loose [AfD]: Das ist doch Panikmache!)

Das ist doch Unfug. Und Sie reden hier von einer Forschungsmöglichkeit? – Das ist Quatsch.

Es ist auch zynisch, dass Sie heute Morgen davon gesprochen haben, dass wir bei den Batterien aufpassen sollten, wo die Rohstoffe herkommen. Das stimmt, aber die Urangewinnung ist Ihnen völlig egal. Das wird völlig ausgeblendet.

(Beifall von der SPD)

Wir wissen genau, wie Uran abgebaut wird. Wir haben im Rahmen der deutschen Einheit in Wismut Millionen investieren müssen, nur um einen See in den neuen Bundesländern zu renaturieren.

(Zuruf)

– Ja, ja, das ist ein anderer Reaktor gewesen.

(Zuruf – Glocke)

– Ja, ja, für all das können Sie nichts. Hören Sie auf.

Wir Steuerzahler haben all das bezahlt. So ist das.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Ich rege mich gar nicht auf. Ich will nur einmal deutlich machen, wie blödsinnig das von Ihnen ist. Das ist wirklich unglaublich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie reden – beispielsweise bei Windkraft – immer von Akzeptanz.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Dann fragen Sie doch mal in der Bevölkerung und auch hier im Publikum nach, wer ein Atomkraftwerk haben will – der Kollege von der FDP hat es doch gesagt –, und sagen Sie konkret, wo Sie forschen – und zwar nicht im Ausland, Herr Loose – und wo Sie eine kerntechnische Anlage neu errichten wollen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Die Debatte finde ich spannend.

(Beifall von der SPD)

Ich fand sie als Juso schon spannend, weil das nicht einmal Franz Josef Strauß in Wackersdorf durchsetzen konnte. Daher bin ich ganz beruhigt, dass Ihnen solche Dinge sowieso nie gelingen werden. Also hören Sie auf. Das ist alles Quatsch.

(Beifall von der SPD und Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Weil das Beispiel Frankreich von Herrn Tritschler kam: Schauen Sie sich mal die Daten an. Im Januar dieses Jahres hat Frankreich von uns Strom gebraucht, weil dort kein Kernkraftwerk lief und die Leute eine warme Bude brauchten.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

So viel zu Ihrer „Sicherheit“, Herr Tritschler. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Sie haben sicherlich bemerkt, dass eine Kurzintervention angemeldet wurde. Herr Dr. Blex von der AfD-Fraktion hat sich zur Kurzintervention gemeldet.

**Dr. Christian Blex (AfD):** Herr Stinka, faktenbefreit redet es sich manchmal leichter. Ich kann von Ihnen als Nichtphysiker sicher nicht erwarten, dass Sie den Druckröhrenreakortyp von Tschernobyl kennen; das dürfte über Ihre fachlichen Kompetenzen hinausgehen.

Es ist durchaus bekannt, dass dieser Typ, der Ende der 40er-/Anfang der 50er-Jahre in Russland gebaut wurde, ein militärischer Reaktortyp war, der abgewandelt wurde, inhärent unsicher ist und so überhaupt gar nicht mit der Konzeption des BN-800 zusammenhängt. Das müssen Sie nicht wissen. Das überfordert Sie. Sie sind auch nur Politiker; so gesehen brauchen Sie solche kleinen Details überhaupt nicht zu wissen.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE] – Zurufe von der SPD)

– Sie brauchen sich doch nicht aufzuregen. Lernen Sie doch etwas dazu. Es ist doch schön, wenn Sie auch mal etwas lernen können. Solche Detailfragen brauchen Sie vielleicht auch gar nicht zu stören; dann polemisiert es sich leichter, Herr Stinka. Das ist so eine Sache.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Eine andere Sache würde mich aber mal interessieren:

(Michael Hübner [SPD]: Wie war denn das Wetter in Syrien?)

Ja, wir sind für die weitere Nutzung der Kernenergie; das haben wir auf unserem Bundesparteitag in Braunschweig klar beschlossen. Wir setzen damit ein deutliches Zeichen gegen die technologiefeindliche Politik der Altparteien.

Herr Stinka, was ich Sie noch fragen wollte: Wie stehen Sie denn eigentlich zur Tumorbehandlung?

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Die Redezeit!)

Die Tumorbehandlung in Deutschland wird mit Radionukliden, mit Isotopen, die in Kernreaktoren hergestellt werden, durchgeführt.

(Michael Hübner [SPD]: Wie läuft denn die Tumorbehandlung in Syrien?)

Halten Sie es für moralisch vertretbar, diese Isotope weiter zu verwenden, wo sie doch im Ausland in Kernreaktoren hergestellt werden?

(Unruhe – Glocke)

Oder meinen Sie, dass die Deutschen dann lieber sterben sollten, statt sich der Tumorbehandlung zu unterziehen, ...

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Dr. Christian Blex** (AfD): ... weil sie ja von der bösen Kernkraft kommt? Diese moralische Frage sollten Sie mal beantworten.

(Vereinzelt Beifall von der AfD – André Stinka [SPD]: Wenigstens zwei Leute applaudieren!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Dr. Blex. – Herr Stinka, Ihr Mikrofon ist freigegeben.

**André Stinka** (SPD): Herr Blex, Ihre Kurzintervention, die die Themen „Gesundheit und Radioaktivität“ und „Energieproduktion und Radioaktivität“ zusammenbringen wollte, zeigt einmal mehr, dass es Ihnen nicht um eine sachliche Debatte, sondern um reinsten Populismus geht. Das ist völliger Stuss.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Diejenigen, die hier Stuss erzählen, sitzen auf Ihrer Seite.

(Zurufe von Dr. Christian Blex [AfD] und Dr. Martin Vincentz [AfD] – Gegenruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Stinka. – Wir fahren mit der Redeliste fort. Die nächste Wortmeldung hat Herr Seifen für die AfD-Fraktion angemeldet. Er hat das Wort.

**Helmut Seifen\*** (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich merke schon: Kernenergie erzeugt Leidenschaft. Herr Stinka, ich wusste gar nicht, dass Sie als Westfale so leidenschaftlich sein können. Ich würde aber doch darum bitten, dass Sie diese Leidenschaft konstruktiv und nicht destruktiv einsetzen.

(Zuruf von der SPD: Das sagt der Richtige! – Zurufe von den GRÜNEN – Unruhe – Glocke)

Herr Bolte-Richter hat gerade gezeigt, wie man Leidenschaft konstruktiv einsetzt;

(Zuruf von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

insofern sollte man das so übernehmen.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Was ich eben gehört habe, war im Grunde genommen doch wieder pure Angstschürerei, wie wir das von den Linken kennen. Seit 40 Jahren trommeln sie gegen die Kernenergie. Sie können sich mit den Maschinenstürmern des 19. Jahrhunderts und den Klimahopsern von „Fridays for Future“ gemein machen; da sind Sie gut aufgehoben.

Herr Bell, ich muss Ihnen aber ehrlich sagen: Wir im Wissenschaftsausschuss haben Verantwortung für dieses Land. Es geht darum, die Versorgungssicherheit mit Vernunft zu beraten und nicht irgendwelchen Fantastereien hinterherzulaufen. Deswegen ist es gut, dass wir heute darüber sprechen.

(Zuruf von der SPD)

Wir sprechen über die Forschung. Es bestehen viele Mythen, die wir insbesondere durch die Forschung widerlegen müssen.

Am Fukushima-Jahrestag 2019 hat die baden-württembergische Landeszentrale für politische Bildung getwittert – Zitat: Wir gedenken der vielen Tausend Opfer der Atomkatastrophe von Fukushima.

(Zuruf von der SPD)

Zunächst einmal: Dieses Erdbeben und dieser Tsunami waren fürchterlich, und wir bedauern zutiefst und außerordentlich, dass es dort so viele Tote gegeben hat. Das ist ja wohl unzweifelhaft.

(Zuruf von Ernst-Wilhelm Rahe [SPD])

Aber diese Toten sind das Ergebnis des Tsunamis und des Erdbebens. Es handelt sich um Verschüttete und Ertrunkene.

Gerichtsfest als durch die Strahlung gestorben festgestellt ist eine einzige Person. Bei dieser Person hat man den Lungenkrebs dieser Strahlung zugeschrieben.

(Nadja Lüders [SPD]: Dann ziehen Sie doch dahin und leben da!)

Der Tweet der Landeszentrale wurde deswegen auch aufgrund von Protesten inzwischen gelöscht, und sie hat sich für diesen Fehler entschuldigt.

Das ist genau das, worunter wir leiden: Fake News, die aus Ihrer Mitte kommen und die unsere Versorgungssicherheit gefährden.

(Beifall von der AfD – Horst Becker [GRÜNE]: Das ist ganz schön verstrahlt, was Sie da erzählen!)

Was die Angstschürer einfach verschweigen, ist die Tatsache, dass die Sicherheitsstandards in Kernkraftwerken heute unglaublich hoch und unsere Anlagen konkurrenzlos sicher gegenüber anderen großtechnischen Systemen sind – egal, ob man das auf normale Arbeitsunfälle oder auf Unfälle mit ionisierter Strahlung bezieht.

Leider habe ich nicht mehr genug Redezeit. Der Minister hat darauf hingewiesen, dass wir die Forschung allein deswegen brauchen, weil wir ja nicht isoliert in diesem Europa stehen.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

In den Nachbarstaaten gibt es viel mehr Kernkraftwerke. Zudem hat sich Deutschland im Rahmen internationaler Abkommen verpflichtet, ...

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Helmut Seifen**<sup>\*)</sup> (AfD): ... kerntechnische Fachkompetenz zur Verfügung zu stellen.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Helmut Seifen**<sup>\*)</sup> (AfD): Darüber hinaus erwarten die politischen Entscheidungsträger, dass deutsche Forscher bei der Abstimmung von Sicherheitsstandards auf europäischem Niveau mitreden.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit, Herr Kollege Seifen.

**Helmut Seifen**<sup>\*)</sup> (AfD): Es gibt viele Meinungen – ein letzter Satz noch –, dass gerade in dem Bereich „Kernenergieforschung“

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Redezeit!)

vieles übertragbar ist, zum Beispiel auch auf die erneuerbaren Energien und auf die Wasserstoffforschung.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das könnten wir dann ja mal machen! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Redezeit!)

– Herr Rüße, es ist sehr kurzsichtig, zu glauben, wir nähmen die Kernkraftwerke und die Forschung weg, und damit sei die Welt gerettet.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Seifen, die Redezeit ist erheblich überschritten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Redezeit! Das ist das dritte Mal!)

**Helmut Seifen**<sup>\*)</sup> (AfD): Wir sind umgeben von Nationen, die die Kernkraft gebrauchen, und können uns als Deutschland nicht von dem wissenschaftlichen Fortschritt abkoppeln.

(Nadja Lüders [SPD]: Den Saft abdrehen! – Weitere Zurufe)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Seifen, die Redezeit ist erheblich überschritten.

**Helmut Seifen**<sup>\*)</sup> (AfD): Ja, ich bin zu Ende. Sie wollen einfach die ...

(Beifall von der AfD – Karl Schultheis [SPD]: Melden Sie sich doch zum Arbeitseinsatz in Fukushima! Dann können Sie wenigstens helfen! – Michael Hübner [SPD]: Diejenigen, die sich nicht an die Regeln halten, sind Sie! – Gegenruf von Helmut Seifen [AfD]: Sie sind einfach unbelehrbar! – Gegenruf von Michael Hübner [SPD]: Sie halten sich nicht an die Regeln! – Gegenruf von Markus Wagner [AfD]: Kommen Sie mir nicht mit Regeln! – Gegenruf von Michael Hübner [SPD]: Vorsicht bei der Wortwahl!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Es liegen zwei weitere Wortmeldungen vor, und zwar erstens von Herrn Kollegen Matheisen, der jetzt die Gelegenheit hat, zu sprechen.

**Rainer Matheisen** (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte soeben eine relativ einfach zu beantwortende Frage gestellt, nämlich, wo Sie gerne die entsprechenden Kernforschungseinrichtungen ansiedeln möchten

(Zuruf von der AfD)

– lassen Sie mich bitte zu Ende sprechen – und wo Sie wieder Kernkraftwerke aufbauen und neue Anlagen errichten wollen. Sie haben soeben angesprochen, dass Sie das konkret tun wollen.

Sie sitzen seit zweieinhalb Jahren in diesem Parlament, und Sie beschwerten sich die ganze Zeit, dass man Sie als AfD nicht ernst nimmt. Wenn Sie Fragen nicht ernsthaft beantworten können, dann brauchen

Sie sich nicht darüber zu wundern, wenn das bald auch in der Öffentlichkeit niemand mehr tut und Ihnen die Wähler davonlaufen.

(Beifall von Franziska Müller-Rech [FDP] – Markus Wagner [AfD]: Das Gegenteil ist der Fall, guter Mann!)

Antworten Sie bitte auf meine Frage, wenn Sie in diesem Haus ernst genommen werden wollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Matheisen. – Für die SPD-Fraktion hat sich Herr Kollege Bell noch einmal gemeldet.

**Dietmar Bell (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Seifen, ich hatte vorhin von den Eindrücken bei der Reise nach Fukushima berichtet. Ich will das noch etwas intensivieren; denn Sie waren ja bei dieser Reise bewusst nicht dabei. Zurzeit haben sie in Fukushima immer noch zwei Reaktorblöcke, in denen der Super-GAU nicht stabilisiert ist, sondern nur gekühlt wird.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Wir haben keinen Super-GAU!)

Sie haben die Situation, dass in einem Reaktorblock noch nicht einmal computergestützte Sonden waren, um zu schauen, wo die entsprechenden Brennelemente liegen, in welchem Zustand sie sind und wie sie geborgen werden können.

Die Zeitrechnung, die uns die japanischen Kolleginnen und Kollegen vorgestellt haben, besagt, dass es bis zum Jahr 2022 dauern wird, um die beiden Reaktorblöcke überhaupt zu sichern. Und dann stellen Sie sich hierhin und bagatellisieren diese Katastrophe.

(Beifall von der SPD und Franziska Müller-Rech [FDP])

Sie bagatellisieren diese Katastrophe.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Bell, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Blex würde Ihnen gerne ...

**Dietmar Bell (SPD):** Nein, ich habe keine Lust, auf die absurden Zwischenfragen von Herrn Blex zu antworten.

(Beifall von der SPD – Markus Wagner [AfD]: Sie stellen sich hierhin und reden über Tsunamis!)

– Nein, ich habe überhaupt nicht von Tsunamis gesprochen.

(Markus Wagner [AfD]: Natürlich! Das sagten Sie doch gerade!)

– Ich habe über Risiken der Kernenergie gesprochen.

Herr Seifen, ich will Ihnen sehr deutlich machen, dass an dieser Stelle die Solidarität der nordrhein-westfälischen Bevölkerung gefordert ist, die japanische Bevölkerung und die japanische Regierung in der Präfektur Fukushima zu unterstützen, um diese Folgen, diese Schäden zu beseitigen. Das ist unsere Aufgabe.

(Nadja Lüders [SPD]: Auch alles Kommunisten und Sozialisten!)

Es ist aber nicht an uns, uns hierhin zu stellen und eine Bagatellisierung dieser Katastrophe vorzunehmen.

(Beifall von der SPD – Helmut Seifen [AfD]: Ich werde Ihnen alle Informationen zukommen lassen, Herr Bell! – Gegenruf von Dietmar Bell [SPD]: Reisen bildet! – Michael Hübner [SPD]: Auch auf die Krim! – Helmut Seifen [AfD]: Ich werde Ihnen die Informationen zumailen!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Bell. – Jetzt liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Dann schließe ich an dieser Stelle die Debatte und die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 8.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/8099 an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation**. Dieser Ausschuss bekommt die Federführung. Die Mitberatungen gehen an folgende Ausschüsse: den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung**, den **Wissenschaftsausschuss** sowie den **Ausschuss für Europa und Internationales**. Wie immer soll die abschließende Beratung und Abstimmung im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist auch nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf:

## 9 „Der Nächste bitte!“ statt Zettelwirtschaft mit Kassenbons – Ausnahmeregelungen beim Kassengesetz notwendig

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/8108

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD